

## Amtsblatt – teilweise nicht lesbar und doppelte Artikel!

**Leserbrief.** Am vergangenen Sonnabend lag das aktuelle Schleusinger Amtsblatt der „Südthüringer Rundschau“ bei. Wer dieses bekommen und dann gefunden hat, musste feststellen, dass auf Seite drei unten zum Beschluss-Nr. 25/33/2019 steht: Henneberg Bürgermeister und dann im Balken: siehe Anlage unten.

Jetzt wundert sich der Leser, überprüft seine Brille, holt eine Lupe und stellt fest: nicht lesbar! Schon in der Ausgabe 1 vom 22. Februar 2019 des Schleusinger Amtsblattes war auf Seite drei die Anlage nur mit großer Konzentration und Hilfsmitteln zu lesen. Hilfreich war dabei offensichtlich, dass die Anlage auf einer ganzen Seite abgedruckt wurde.

Nun stellt sich die Frage, liest beim Verlag in Langenwiesener keiner Korrektur? Warum hat Bürgermeister Andre Henneberg nach der ersten Ausgabe nicht das Gespräch mit dem Verlag ge-

sucht und diesen Mangel gerügt? Dank „Aktiv für Schleusingen“ und der Mehrheit im Schleusinger Stadtrat haben wir nun ein Amtsblatt, was in einem wichtigen Teil nicht lesbar ist. Dem Druckzentrum Schleusingen wäre dies so nicht in den Druck gekommen!

Wenn diese schlechte Druckqualität noch nicht ausreicht, dann gibt es auch denselben Artikel zum neuen Vorstand des Schleusinger Stadtmarketing gleich zwei Mal: schwarz/weiß und in Farbe!

**Thomas G. Marzian**

Schleusingen  
(*Leserbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Um die Meinung der Leser nicht zu verfälschen, werden Leserbriefe nicht zensiert, gekürzt und korrigiert. Mit der Einsendung geben Sie uns automatisch die Erlaubnis, Ihren Leserbrief in unserem Medium abzurufen und online auf unserer Internetseite zu veröffentlichen.*)

## Gleichbehandlungsgrundsatz – nicht in Masserberg

**Leserbrief.** Bei unseren Recherchen zu möglichem Einsparpotenzial im Haushalt der Gemeinde Masserberg, mussten wir feststellen, das neun Einwohner der Gemeinde keine Abwassergebühren zahlen. Auch Beiträge zur Errichtung der beiden kommunalen Gruppen-Kläranlagen im OT Fehrenbach wurden den Nutzern von der Gemeinde nicht berechnet, obwohl die Anlagen bereits im Jahr 2015 in Betrieb genommen wurden. (Die Beitragssatzung wurde seinerzeit außer Kraft gesetzt und ist bis heute weder neu beraten noch beschlossen - ebenso eine notwendige Änderung der Gebührensatzung). Die Gesamtkosten der beiden Anlagen belaufen sich auf rund 400.000 Euro. Jährlich werden rund 400 Kubikmeter Abwasser gereinigt. Die anfallenden Kosten werden auf die anderen Einwohner und natürlich die Hotels über deren Abwassergebühr umgelegt. Unfreiwillig zahlt die Mehrheit der Einwohner offenbar die Kosten der 9 Einwohner in Fehrenbach. Dies ist natürlich nicht den 9 Einwohnern anzurechnen, sondern der Gemeinde Masserberg und der MAB GmbH. Und dass es sich hier nicht um eine Lappalie handelt, zeigt folgende Rechnung: Die jährliche Abschreibung der beiden Kläranlagen beträgt rund 17.000 Euro. Hinzu kommen die Abschreibung der Kanäle und die Betriebskosten. Zusammen rund 30.000 Euro (kalkulatorische Kosten) pro Jahr. Dies muss durch die Abwassergebühren (eigentlich) erwirtschaftet werden. 30.000 Euro auf 400 Kubikmeter aufgeteilt – jeder kann die Gebühr pro Kubikmeter errechnen - und das für rückwirkend 4 Jahre seit 2015. Alternativ könnte die Gemeinde eine Beitragsfinanzierung beschließen im Nachhinein. 70 % der Bausumme – aufgeteilt auf 8 Grundstücke, d.h. 35.000 Euro pro angeschlossenen Grundstück zuzüglich der laufenden Kosten über die Abwassergebühren. Dies ist natürlich unzumutbar für die Betroffenen.

Aber auch unzumutbar für alle die, die für ihr eigenes Haus die Abwassergebühr und die Fäkal-schlammabfuhr zahlen. Noch extremer muss sich die Situation für diejenigen darstellen, die mit der Umsetzung des ABK für eine grundstücksbezogene vollbiologische Kläranlage mehrere Tausend Euro aufbringen mussten und auch die laufenden Betriebskosten selbst zahlen müssen, weil sie aus der Solidargemeinschaft, in die sie Jahrzehnte lang einzahlten, entlassen wurden.

Bleibt die Frage, warum es zu dieser Situation kommen konnte. Dies hängt damit auch zusam-

men, dass Anträge von der Fraktion BI-OW, die wir seit 2015 stellen, nicht entsprechend bearbeitet werden oder mit den Stimmen aller anderen Fraktionen in den Ausschuss verwiesen werden, der seit Dezember 2015 nicht mehr getagt hat. Es ist nicht mehr nur unsere Vermutung, es ist jetzt als Tatsache anzusehen, dass der einzige Grund für diese Situation politisch motiviert war und bis heute ist. Offensichtlich waren sich alle einig, denn man hätte bereits 2014 bestätigen müssen, dass das Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) der Gemeinde eine unzumutbare Belastung für die Bürger darstellt. Man hätte also der BI Recht geben müssen. Und das vor der Wahl 2014. Nein! Da lässt man lieber andere zahlen, um die Wahrheit zu verschweigen: Ein nicht gut zu machender Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz! Aber – man war sich einig, politisch, weil nicht aufgeklärt werden sollte. Keiner, außer uns hatte Interesse daran.

Die Frage ist auch, warum das Solidarprinzip (in einem Zweckverband völlig normal) nicht greifen kann. Vereinfacht beantwortet: Weil das ABK der Gemeinde von Seiten der Kommune nicht umgesetzt wurde und voraussichtlich auch nicht umgesetzt werden kann, weil es massiv fehlerbehaftet ist und den Grundsätzen des neuen Wasser-gesetzes nicht genügt. Aus diesem Grund hat die Bürgerinitiative angeboten, das ABK der BI, das bekannterweise geprüft und als umsetzbar eingestuft wurde und das dem neuen Gesetz genügt, der Gemeinde zu übergeben. Bleibt abzuwarten, wie sich der Gemeinderat positionieren wird.

Im Moment läuft die Gemeinde Gefahr, dass die Gebühren verjähren. Die Änderung des Wasser-gesetzes steht bevor, das z.B. zum Inhalt hat, dass innerhalb geschlossener bebauter Siedlungsgebiete mit mehr als 200 Einwohnern zentrale Kläranlagen errichtet werden müssen, somit nicht solche Sonderlösungen oder Kleinkläranlagen, wie sie im derzeit existierenden ABK der Gemeinde vorgesehen sind und teilweise durch Grundstücksbesitzer privat bereits umgesetzt werden mussten. Eine bereits damals von uns angemahnte Fehlinvestition, die sich sehr wohl auf den Haushalt der Gemeinde auswirkt. Es fällt aber offenbar leichter, 3 Euro Kurtaxe zum Schließen von Haushaltslöchern zu beschließen, als nachhaltige und vernünftige Lösungen zu suchen oder auf die Rückzahlung des der MAB gewährten Kredites für den Bau der oben beschriebenen kommunalen Anlagen bis heute zu verzichten. Und auch hier wieder Fehler aus der Vergangenheit,

## AfD Südthüringen tritt für den Kreistag und den Stadtrat Hildburghausen an

**Hildburghausen.** Der Kreisverband AfD Südthüringen wird zu den Kommunalwahlen am 26. Mai mit einer Kreistagsliste und einer Stadtratsliste für Hildburghausen antreten.

Die Mitglieder wählten am vergangenen Samstag zehn Kandidaten für den Kreistag und neun Kandidaten für den Stadtrat. Auf beiden Listen kandidieren sowohl Parteimitglieder als auch Nichtmitglieder.

Spitzenkandidatin für den Kreistag und den Stadtrat ist Ines Schwamm. Lars Büge, Peggy Erdenbrecher, Ralf Blau-rock, Mathias Rabe, Holger Weiß, Nadine Hoffmann, Carina Benkert, Torsten Hanf und Martin Logos kandidieren zudem für den Kreistag; für den Stadtrat kandidieren weiterhin Lars Büge, Martin Logos, Mathias Rabe, Holger Weiß, Jan Eckert, Dirk Pauli, Torsten Hanf und Carina Benkert.

Der Kreisvorstand wünscht allen Kandidaten viel Erfolg!

Über kommende Wahlkampfveranstaltungen informieren die Webseiten des Kreisverbandes unter <https://www.afd-thueringen.de/kreise/kv-suedthueringen/> sowie Facebook <https://www.facebook.com/afdsuedthueringen/> und Twitter [https://twitter.com/AfD\\_SThueringen](https://twitter.com/AfD_SThueringen).

Der Kreisvorstand AfD Südthüringen

## Windräder - CDU lädt zu Infoveranstaltung

**Schleusingen.** Auf Einladung der CDU Fraktion im Schleusinger Stadtrat werden sich der Referent für Umwelt, Energie und Naturschutz der CDU Fraktion im Thüringer Landtag Gunter Braniek und der Landtagsabgeordnete Henry Worm, in einer öffentlichen Informationsveranstaltung, den Fragen zu den den geplanten Vorbehaltsflächen für Windräder im Rahmen der regionalen Planung Südwestthüringen stellen.

Mit dieser Initiative möchte die CDU Fraktion dem großem Informationsbedarf in der Öffentlichkeit Rechnung tragen.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 11. April 2019, um 18.30 Uhr im Ratsaal Schleusingen statt.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen.

**Andreas Mastaler**  
Fraktionsvorsitzender CDU

## Jahreshauptversammlung 2018 der FFW Straufhain

**Straufhain/Linden.** Die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Straufhain findet am Freitag, dem 12. April 2019, um 19 Uhr im Kulturhaus Gaststätte OT Linden statt.

Dazu werden alle Aktiven der Freiwilligen Feuerwehr Straufhain eingeladen.

Für die OT Wehren Eishausen-Steinfeld-LG Adelhausen/Streudorf-LG Streschenhausen gilt Treffpunkte und Abfahrten nach indiv. Abstimmungen der jeweiligen Wehrleitung!

**Agenda Jahreshauptversammlung:**

1. Begrüßung durch den Ortsbrandmeister,
2. Grußworte des BGM/KBM/VG Vorstand/Vetretungen/Gäste,
3. Kurzer Situationsbericht Ortsbrandmeister,
4. Entlastung OBM/stellv. OBM,
5. Kurzer Situationsbericht der einzelnen Wehrleitungen der OT Wehren inkl. Löschruppen,
6. Diskussion allg.,
7. Neue Strukturen der Fw's Gemeinde Straufhain,
8. Termine 2019,
9. Ehrungen, Beförderungen, Auszeichnungen,
10. Anfragen und Mitteilungen.

Wir erwarten eine rege Teilnahme. Jahreshauptversammlungen sind Pflichten der Feuerwehr.

Mit kameradschaftlichem Gruß

**Sandro Prax**  
Ortsbrandmeister  
Fw Streudorf

**Andreas Rottenbach**  
stellv. Ortsbrandmeister  
Fw Eishausen/Steinfeld  
Wehrleitungen der  
OT-Wehren + Löschruppen

AWO-Petition zur Begrenzung des Eigenanteils bei stationärer Pflege:

## Die Petition hat Quorum (notwendige Anzahl der Stimmen) erreicht!

**Leserbrief.** Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hildburghausen und Umgebung, ich möchte auf diesem Weg allen Menschen danken, die mit ihrer Unterschrift auf der AWO-Petition dazu beigetragen haben, dass das Quorum deutlich überschritten werden konnte.

Dies wurde durch den Petitionsausschuss offiziell dem AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker mitgeteilt.

Nun ist zu fordern, dass der Petitionsausschuss die Petition schnellstmöglich dem Bundestag überweist und es damit zur Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens kommt. Eine Pflegeversicherung muss die Menschen absichern und ihnen und ihren Angehörigen Sicherheit geben.

Ich persönlich hoffe, dass man das so wichtige Thema für die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige genauso schnell behandelt, wie die anstehende automatische Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten. Sie sind in Höhe von ca. 3% vor-

gesehen. Das bedeutet für unsere Bundeskanzlerin alleine 600 Euro mehr zum Leben. Begründung: Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten.

„Im Vergleich zu uns Rentnern sichern sich Bundestagsabgeordnete eine Luxus-Altersversorgung, ohne eigene Beiträge zu zahlen. Das ist nicht fair, das ist abgehoben.“ (Handelsblatt).

Ich wünsche mir, dass die Menschen dieses Landes endlich aufwachen, ihre Stimme erheben und dieser Selbstbedingungsmentalität ein Ende bereiten.

Mit freundlichen Grüßen

**Liane Freund**

Hildburghausen  
(*Leserbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Um die Meinung der Leser nicht zu verfälschen, werden Leserbriefe nicht zensiert, gekürzt und korrigiert. Mit der Einsendung geben Sie uns automatisch die Erlaubnis, Ihren Leserbrief in unserem Medium abzurufen und online auf unserer Internetseite zu veröffentlichen.*)

## Wählergruppe „Feuerwehr“ steht für „Bürgerwohl vor Parteiinteressen“

Kandidaten zur Stadtratswahl am 26. Mai 2019 nominiert

**Hildburghausen.** Seit nunmehr 15 Jahren ist die unabhängige und überparteiliche Wählergruppe „Feuerwehr“ im Hildburghäuser Stadtrat präsent. Auch für die Wahlperiode 2019 bis 2024 ist die Wählergruppe bereit, Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Stadt zu übernehmen. Deshalb trafen sich Mitglieder und Sympathisanten der Wählergruppe am 1. April 2019 zur Nominierung ihrer Kandidaten für die im Mai anstehende Stadtratswahl zum Hildburghäuser Stadtrat.

In geheimer Wahl wurden insgesamt 19 Frauen und Männer nominiert, die sich am 26. Mai 2019 um einen Sitz im Stadtrat bewerben wollen.

Unter ihnen befinden sich mit Eberhard Wiener, Burkhard Knittel, Hans-Joachim Gleichmann, Torsten Hartmann und Norbert Weichler Personen, die teilweise langjährige Erfahrungen als Kommunalpolitiker besitzen.

Aber auch mehrere neue und vor allem jüngere Kandidaten stehen bereit, die Zukunft in der Stadt mit zu gestalten. Allen Kandidaten der Wählergruppe „Feuerwehr“ liegt es am Herzen, gemeinsam mit den anderen künftigen Stadträten etwas für die Stadt und ihre Einwohner zu bewegen. Im Stadtrat müssen Parteiengizänk und ideologische Auseinandersetzungen außen vor bleiben, weil solche die Stadt nicht voran bringen. Deshalb steht die Wählergrup-

pe „Feuerwehr“ für eine offene und ehrliche Streitkultur im Stadtrat, auch dann, wenn die Meinungen zu einzelnen Problemen in den Fraktionen unterschiedlich sind. Als Schwerpunkte ihrer Arbeit im Stadtrat sieht die Wählergruppe u.a. die weitere Verbesserung der Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit und des Brandschutzes in der Stadt. Auch das Kultur- und Sportangebot muss für die Zukunft gesichert und unter Berücksichtigung der Altersstruktur der Bürger gestaltet werden. Für die zu bewältigenden Aufgaben ist die Einbeziehung des Ehrenamtes und der Vereine zwar ein wichtiger Faktor, kann aber nicht das Allheilmittel sein.

Als Kandidaten der Wählergruppe „Feuerwehr“ für die Stadtratswahl wurden nominiert:

1. Eberhard Wiener
2. Burkhard Knittel
3. Mathias Krebs
4. Hans-Joachim Gleichmann
5. Norbert Weichler
6. René Gutberlet
7. Michael Reichardt
8. Michael Placht
9. André Bock
10. Daniel Mittel-Jahn
11. Rico Holz
12. Jörg Foerster
13. Gerhard Schubert
14. Anne-Dorothea Knittel
15. Birgit Fritz
16. Torsten Hartmann
17. Norbert Schönstein
18. Roland Hohbein
19. Reinhard Grubel.



Die Kandidaten der Wählergruppe „Feuerwehr“. 5 Kandidaten fehlen arbeits- bzw. krankheitsbedingt auf dem Foto.  
Foto: privat

## „Pro Westhausen“ lädt ein

**Westhausen.** Aufgrund der bevorstehenden Gemeinderatswahlen am 26. Mai 2019 lädt die Liste „Pro Westhausen“ alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer informativen Veranstaltung sowie der Aufstellung und Wahl einer Kandidatenliste am Montag, dem 8. April 2019, um 20 Uhr in die Gaststätte „Zur Schwarzen Rose“ recht herzlich ein.